

# Entschieden wird in Berlin

## Drei Abgeordnete und ein Kandidat erörterten Bundeswehreinsätze der Zukunft

**Von einer Truppe unbewaffneter Helfer für zivilen Aufbau bis zu hoch spezialisierten militärischen Krisenreaktionskräften reichen die Visionen der Bundestagskandidaten für die Bundeswehr.**

STEPHAN GOKELER

**Dettenhausen.** Zu einem „öffentlichen Gespräch über Sinn und Ziel unserer Armee“ hatte das „Forum Dettenhausen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ ins evangelische Gemeindehaus geladen. Vor und mit rund 60 Zuhörern diskutierten die Bundestagsabgeordneten Annette Widmann-Mauz (CDU), Winfried Hermann (Grüne) und Heike Hänsel (Linke) sowie der SPD-Bundestagskandidat Martin Rosemann über ihre Vorstellungen von künftigen deutschen Streitkräften. Die

FDP hatte keinen Vertreter entsandt.

Einigkeit bestand eigentlich nur darin, dass die Entscheidung über Auslandseinsätze der Bundeswehr auch in Zukunft immer dem deutschen Parlament vorbehalten bleiben sollte. Der aus dem Publikum geäußerten These, wonach die Entscheidung längst in den USA gefällt werde, widersprachen alle Politiker. „Wir haben eine eigene Verantwortung und wir können auch Nein sagen“, betonte Hermann. Rosemann räumte ein, dass „die Politik im wesentlichen in Amerika“ gemacht werde, „aber letztlich liegt die Entscheidung bei uns, wie wir uns gegenüber den dort gesetzten Standards verhalten.“ Vielfältiger war schon die Einschätzung der Europäischen Union als Dach für militärische Operationen. Während sich Widmann-Mauz für die EU auch als „Sicherheitsgemeinschaft“ aus-

sprach, sah Rosemann in einer gemeinsamen europäischen Armee lediglich eine Durchgangsstation auf dem Weg zu einer Sicherheitsarchitektur unter Führung der Vereinten Nationen.

Hermann und Hänsel äußerten grundsätzliche Vorbehalte gegen „militärische Strukturen in einer nicht demokratisch verfassten EU“ (Hänsel). Beide sprachen sich dafür aus, die Bundeswehr ausschließlich auf Friedenseinsätze im Auftrag der UN auszurichten. Dafür sei eine Freiwilligenarmee mit höchstens 200 000 Soldaten (Hermann) oder gar nur halb so vielen (Hänsel) ausreichend. Allerdings müsse sich dafür die Ausbildung und Ausstattung grundlegend ändern. „Ein Soldat in Afghanistan müsste eigentlich viel mehr über den Islam als über Waffentechnik wissen“, forderte Hermann. Hänsel konnte sich gar gänzlich unbewaffnete Soldaten vorstellen, die in ein

umfassendes Konzept ziviler Konfliktvermeidungsstrategien eingebunden wären.

Martin Rosemann unterstützte die Forderung, die Politik müsse der Vermeidung militärischer Konflikte mehr Beachtung schenken. Allerdings werde es trotzdem zu Situationen kommen, „bei denen wir nicht wegschauen dürfen und uns aufs Klagen beschränken, was vorher politisch alles nicht gemacht wurde“. Er forderte deshalb eine „Ausrichtung der Bundeswehr auf die wahrscheinlichsten Einsatzgebiete“.

Deutlich weiter gingen die Visionen von Annette Widmann-Mauz. Neben dem Bedarf als Krisenreaktionskräfte im Kampf gegen neue terroristische Bedrohungen sagte sie einen „verstärkten Einsatz der Bundeswehr im Inland“ voraus. Dort könne man die Fähigkeiten der Soldaten vielfältig in Zusammenarbeit mit der Polizei nutzen.

ST, 13.03.09



„Quo vadis Bundeswehr – wohin marschieren die deutschen Soldaten?“, fragte das Dettenhäuser Forum für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung – und lud zum Podium mit den Bundestagskandidaten Heike Hänsel, Martin Rosemann, Annette Widmann-Mauz und Winfried Hermann (von links). Bild: Metz